

Jenische: Warme Worte. Artikel vom 26. Mai 2016, [Beobachter 11/2016](#), Zürich, von Markus Föhn, zur Entschuldigung von Bundespräsident Alphons Egli am 3. Juni 1986 wegen der gezielten Kindswegnahmen an den Jenischen und zur seitherigen Entwicklung
URL: http://www.beobachter.ch/politik/artikel/jenische_warme-worte-fuer-die-opfer/
(Stand: 28. Mai 2016)

Beobachter

Jenische: Warme Worte für die Opfer



*«Ich scheue mich nicht, mich in der Öffentlichkeit zu entschuldigen»:
Bundespräsident Alphons Egli, 1986.*

Vor 30 Jahren entschuldigte sich die Schweiz für die Verfolgung der Jenischen – auch auf Druck des Beobachters. Doch die Aufarbeitung ist stecken geblieben.

Sie waren «Zigeuner» und «Vaganten». Unfähig, «zielbewusst zu denken und zu handeln», wie die «Neue Zürcher Zeitung» noch 1963 schrieb. «Typische Charaktereigenschaften sind das unsorgfältige Umgehen mit Hab und Gut, ihre Schlampigkeit und ihr Leichtsinns.» Jenische waren «fahrendes Volk» und lebten damit eine Kultur, die in der Schweiz fehl am Platz war. Am besten also, ihr ein Ende zu bereiten. Das «Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse», der Stiftung Pro

Juventute zugehörig, kümmerte sich darum. Rund 600 jenische Kinder entriss sie ab 1926 ihren Familien, um sie sesshaft zu machen, ab 1927 mit Bundesgeldern. Verfrachtete sie in Heime, Anstalten, Pflegefamilien. Verdingte sie. Gab sie zur Adoption frei. Unterband jeglichen Kontakt zu den Eltern.

Uschi Waser ist eines dieser Kinder. 1953 der Mutter weggenommen, aufgewachsen in mehreren Heimen. Vor 30 Jahren kam endlich der Tag, an dem sie glaubte, die Jenischen würden Gerechtigkeit erfahren. Heute sagt sie: «Unsere Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Die Opfer von damals leiden noch immer, sie schlagen sich mit einer knappen AHV-Rente gerade so durchs Leben.»

«Unterstützung von Bundesgeldern»

Dabei ist der 3. Juni 1986 ein hoffnungsvoller Tag. Sommersession, der Nationalrat diskutiert den Geschäftsbericht des Bundesrats vom Vorjahr. Kapitel für Kapitel arbeiten sich die Parlamentarier vor. Dann das Thema Stiftungsaufsicht. Zwei Nationalräte verlangen Details zur Pro Juventute und ihrem 1973 geschlossenen «Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse»: Die Stiftung ist in den Schlagzeilen, weil Jenische die Herausgabe von Akten verlangen, die organisierten Kinderraub belegen sollen.

Beobachter | Titelgeschichte

Fahrende in der Schweiz – verfolgt und diskriminiert

Unrecht, das nicht verjährt

Vergangenheitsbewältigung und Wiedergutmachung: Solcher Anordnungen fehl es nie im nächsten, wenn von unserem mitleidlichen Nachbarn die Rede ist. Dass wir Schweizer keinen Grund haben, uns selbstzufrieden auf die Brust zu klopfen, zeigt kürzlich eine Sitzung in Zürich. Einmal sass ein Vertreter der jenischen Minderheit einer Delegation von Bund und Pro Juventute gegenüber, um über ein Thema zu sprechen, das zu den dunklen Kapiteln schweizerischer Minderheitspolitik gehört: Die jahrzehntelange Verfolgung und Diskriminierung der Fahrenden in der Schweiz.

Noch heute weiss Heinz K. nicht genau, wann und wieso er sitzenernt von seiner Familie weggenommen wurde. «Wo sind meine Eltern?» fragte er als Kind immer wieder. «Das sind schlechte Menschen, Säugler und Lämmer, die sich nie um dich gekümmert haben. Wo sie heute leben, weiss ich nicht. Andere Verwandte hat es auch nicht, haben ihn Vornamen und Anschriften jeweils zur Antwort. Schliesslich glaubte Heinz K. diese hundertfach wiederholte Geschichte, er fragte sich in sein Schicksal und wuchs – einsam, ohne Liebe und Nervennähe – in Heimen und Erziehungsanstalten auf. Ein viel später erfuhr er die Wahrheit. Er hatte Verwandte und Geschwister, und seine Eltern hätten sich um ihn gekümmert, wenn sie nicht dazwischen gehindert worden wären.

Als Schweizer Zigeuner (man nennt sie auch Fahrende oder Jenische) gehört Heinz K. zu den Opfern einer grossangelegten Kampagne, deren Ziel es war, die Fahrenden in der Schweiz sesshaft zu machen, wenn nötig mit harten Zwangsmassnahmen.

Zwischen 1927 und 1973 wurden Hunderte von Kindern in der deutschen Schweiz ihren fahrenden Eltern weggenommen, um sie in geeigneten Erziehungsinstitutionen zu versorgen und umzuerziehen. Auf diese Weise wollte man die als gesellschaftsfremd und gefährlich eingestufte Lebensweise der Fahrenden ein für allemal ausrotten.

Skandalöse Minderheitspolitik
Intoleranz, rassistisches Denken und Vorurteile führten dazu, dass die Fahrenden in der Schweiz während 50 Jahren (und in mancher Hinsicht noch heute) wie Fremdling behandelt wur-

Beobachter | Titelgeschichte

den geändert oder sie wurden – ohne Wissen der Eltern – zur Adoption freigegeben.

Hauptverantwortlich für diesen skandalösen Versuch, die Jenischen in der Schweiz sesshaft zu machen, war bis 1973 das Pro-Juventute-Hilfswerk «Kinder der Landstrasse». Dieses wurde, nachdem der Beobachter die Aktion schon Anfang der siebziger Jahre scharf kritisiert hatte, nach langen Auseinandersetzungen endlich geschlossen.

Vorgelicht forderte der Beobachter damals eine neutrale Untersuchung der für einen Rechtsstaat unzulässigen Vorgänge. In dieser Hinsicht ist gar nichts geschehen. Ebenso fehlte es

erklärungen zu rechnen, «da der Schule werden meine Kinder immer wieder als Zigeuner und Kessler studiert. Und wenn im Dorf einmal etwas gestohlen oder ein Streich gespielt wird, sind natürlich vor allem diese, erzählt Rosalia M. aus Grenchen.

Vorurteile spielen auch eine Rolle, wenn Leute mit jenischen Namen eine Wohnung suchen. Zum Beispiel Mariella Mehr, die in Fildis ob Fällin ein kleines Häuschen mieten wollte. «Sind Sie etwa eine Bündner Mehr?» fragte der Vermieter misstrauisch. Als die Frau bejahte, bekam sie eine unerbittliche Antwort: «Dass können Sie über Bewerbung vergessen. Mir dieser Sippe will ich nichts zu tun haben!»

plüze, auf deren sie ihren Wagen während längerer Zeit abstellen können, gibt es gegenwärtig lediglich in Bern, Biel und Versoix.

Um ihrer Arbeit nachgehen zu können, sind Jenische darauf angewiesen, den Wagen in der Nähe von grösseren Ortschaften abzustellen. Doch wenn sie dies tun, ist die Polizei bald zur Stelle. Oft werden sie aufgefordert, sofort wegzufahren. Manchmal erhalten sie auch eine Frist von 24 Stunden.

Dieser zunehmende Kleinkrieg um Plätze und Aufstellmöglichkeiten zehrt an den Nerven. Die wegweisenden und verdingten Jenischen fühlen sich verfolgt und provoziert. Ein Wort

Jugendliche dürfen vielerorts überhaupt nicht haussieren. So ist die Verunsicherung gross, schwarz zu arbeiten. Das führt zu Busen und in schwereren Fällen zu eigentlichen Strafverfahren und zum Entzug von Hausbewilligungen.

Zerstörtes Selbstbewusstsein
Die erwähnten Jahrzehnte des massiven Zwangsmassnahmen haben den Zusammenhalt in den Sippen und die Identität der Fahrenden erschüttert oder ganz zerstört. Häufig gibt es heute gerade jenen Jenischen kaum Bewusstsein, dass man mit Zwangsmassnahmen sesshaft machen wollte. Sie wurden ihrer ursprünglichen

Beobachter | Titelgeschichte

Schweizer ohne Lebensraum: eine fahrende Familie, die ihre Lebensweise bewahren möchte



Vergessen. Sie wollten – wie schon ihre Vorfahren – im Wohnwagen leben. Zahllose Familien und Sippen wurden brutal auseinandergerissen, jeder Kontakt zwischen den Eltern und Verwandten blieb unterbrochen. Kinder und Jugendliche kamen – statt in gute Familienverhältnisse – in Erziehungsheimen, psychiatrischen Kliniken oder gar – ohne je eine Straftat begangen zu haben – in Straf- und Arbeits Erziehungsanstalten. Manchmal hat man auch karzerhand die Namen der Kinder

bisher an mutigen Schritten zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung gegenüber den verfolgten und diskriminierten Jenischen. Dabei wäre gerade das dringend nötig. Denn die Situation der Jenischen insgesamt hat sich in den letzten Jahren nicht wesentlich verbessert.

Schweizer ohne Lebensraum
Sogar Jenische, die längst in Wohnungen leben, haben – allein wegen ihrer Herkunft – mit Schikanen und Diskri-

Beobachter | Titelgeschichte

Niemand will sie dulden
Noch schlimmer geht es Fahrenden, die im Wohnwagen leben. Sie können sich noch so sehr bemühen, Konflikte mit Behörden und sozialer Mobbings zu vermeiden: Spätestens wenn es darum geht, einen geeigneten Standplatz für den Wohnwagen zu finden, kommt es zu Auseinandersetzungen und Anfeindungen. Niemand will die Jenischen in seiner Nähe dulden. Viele Campingplätze sind für Fahrende gesperrt, und andere Stand-

plätze, auf denen sie ihren Wagen während längerer Zeit abstellen können, gibt es gegenwärtig lediglich in Bern, Biel und Versoix.

Um ihrer Arbeit nachgehen zu können, sind Jenische darauf angewiesen, den Wagen in der Nähe von grösseren Ortschaften abzustellen. Doch wenn sie dies tun, ist die Polizei bald zur Stelle. Oft werden sie aufgefordert, sofort wegzufahren. Manchmal erhalten sie auch eine Frist von 24 Stunden.

Dieser zunehmende Kleinkrieg um Plätze und Aufstellmöglichkeiten zehrt an den Nerven. Die wegweisenden und verdingten Jenischen fühlen sich verfolgt und provoziert. Ein Wort

Vorbildlich: Kanton Bern
Wenigstens der Kanton Bern will künftige, mehrheitlich, die Lebensbedingungen für die Fahrenden zu verbessern. Eine vom Berner Regierungsrat eingesetzte Arbeitsgruppe schlug vor, die beiden bestehenden Standplätze von Bern und Biel zu verlegen und zusätzlich sieben neue Plätze einzurichten. Zugleich sollen die Vorschriften über das Wandergewerbe vereinfacht werden. Die Jenischen werden als kulturelle Minderheit anerkannt. Für die dringendsten Massnahmen (Schaffung von Standplätzen) ist in der Staatsrechnung 1988 ein Betrag von 200 000 Franken vorgesehen. Wer folgt diesem guten Beispiel?

Lebensweise entfordern, den Zugang zur Lebensart der Wohnwagen finden sie aber auch nicht. So leben sie zwischen den beiden Kulturen und suchen vergeblich nach der eigenen Identität.

«Da kann ich nur noch weinen!»
Eine junge Frau erzählt: «Wenn ich heute an meine Kindheit und Jugend zurückdenke, kann ich nur noch weinen. Meine vier Töchter und grossen Zonen über das, was uns angeht, warste. Mae hat uns aus unserer Sippe entzogen und in Heime unter härtesten Bedingungen anbringen. Mae hat uns ohne Elternliebe aufgezogen lassen und uns als herabwürdigt, assoziiert, respektlos und ohne Menschenverstand. Fildis von uns können unschuldig in die Stopp-anstalten von Haidhank oder Belle-

So berichtete der Beobachter am 31. Dezember 1984 in einer Titelgeschichte über den Fall.

Das Thema fällt ins Innendepartement von Bundespräsident Alphons Egli. Und dieser setzt zu einem Statement an, das es in sich hat: Es stimme, dass – «sogar mit Unterstützung von Bundesgeldern» – Kinder von Fahrenden ihren Familien

wegenommen wurden, spricht er in die Mikrofone am Rednerpult. Um anzufügen: «Was den Bund anbelangt, gebe ich meinem Bedauern Ausdruck, dass Bundeshilfe hierzu geleistet wurde. Ich scheue mich sogar nicht, mich in der Öffentlichkeit dafür zu entschuldigen, dass dies vor mehr als zehn Jahren passieren konnte.»

Uschi Waser gehörte damals zu den Aktivisten, die die Aktenherausgabe forderten. Sie hat diese Worte noch heute präsent. Egli habe einen neuen Ton angeschlagen. «Jahrelang hatte uns niemand ernst genommen. Seine Entschuldigung hiess, dass uns die offizielle Schweiz anerkannte.» Bei den Jenischen habe Aufbruchstimmung geherrscht.

BRUNNENPUNKT

Jenische: Verfolgt, misshandelt, versenkt

Krankschaft, sexuell haltlos, moralisch defekt, schwachsinnig: Aufgrund solcher Pauschalurteile wurden Jenische in der Schweiz jahrzehntelang brutal verfolgt. Eine Untersuchung des Unrechts an Fahrenden und die Wiedergutmachung sind überfällig.

VON HANS GARRIZ UND WILLY WYTTRENG



Raub eines jenseitigen Mädchens. Szenen aus dem Spielfilm «Kinder der Landstrassen».

«Das war Selbstmord», sagt der 45-jährige Ernst Spigäcker. Er kämpft mit den Tötungen. Seine Stimme erstickt, die Hände zittern. Ernst Spigäcker nimmt Fotografien seiner Verwandten aus einem Convert. Die Grossmutter, eine schwarzhaarige Frau mit dunkeltem Teint und markantem Gesicht, dünneren Fotos von Mutter und Vater, von Geschwister, als sie noch klein waren. Dann das Bild eines vielleicht 11-jährigen, verschüchterten wirkenden Mädchens. «So sah sie Anfang der sechziger Jahre aus. Jetzt lebt sie nicht mehr. Man hat sie letzte Weihnachten bei in der Wohnung getötet», sagt der Mann.

Ernst Spigäckers Schwester hat für sie zusammen überzwanzig Medikamente nicht mehr genommen. Der Tod war unvermeidlich.

Anfang Januar nahmen einige Geschwister der verengsten und zersplitterten Familie Spigäcker von ihrer Schwester Abschied. Gekannt haben sie sich kaum. Als Kleinräder schon wurden sie ihrem Eltern zwangsweise weggenommen und -umzogen-. Sie sind in alle Winkel zerstreut, bekamen andere Namen. Nach heute vermisst Ernst Spigäcker drei seiner Geschwister. Die anderen fand er erst nach langen Nachforschungen oder gar durch Zufall.

Eine letzte Jahr hatte Ernst Spigäckers Schwester den Mut, die Akten über jene Geschwister anzufordern.

«Was darin über uns steht, hat meine Schwester nicht verstanden», so Ernst Spigäcker überzeugt.

Sehr wohl möglich: Beim wissenschaftlichen Studium über Verfolgte des Nationalsozialismus, das es zu schweren Lebenskrise und Selbstmorden kommen kann, wenn die Betroffenen mit jenen Akten konfrontiert werden, welche ihre Verfolger über sie angelegt haben.

Organisierter Kinderraub

Ernst Spigäcker gehört zu den schätzungsweise zehntausend Kindern, die zwischen 1926 und 1973 ihrem Eltern zwangsweise weggenommen wurden. Und das hier in der Schweiz. Hauptakten im organisierten Kinderraub war die Pro Juventute. Sie gründete 1926 das «Hilfswerk Kinder der Landstrassen». Öffentlich wurde die Aktion als Kinderschleifer propagiert, in Wirklichkeit verfügte sie aber beharrlich ein Ziel: die Bekämpfung und Zerstörung der abminderwertig und -krank- erregenden Lebensweise der Jenischen.

«Wer die Vagantität... (das Fahren, die Bed.) erfolgreich bekämpfen will, muss versuchen, den Verfall des Fahrenden Volkes zu sprengen, er muss die Familiengemeinschaft auseinanderreißen. Einen anderen Weg gibt es nicht», schrieb der Leiter des Hilfswerks Kinder der Landstrassen, Alfred Siegfried. «Die Erziehungswahrscheinlichkeiten sind nur dann günstig, wenn die Kinder von den Eltern völlig isoliert werden können.»

Für die Jenischen war die Aktion verheerend: Ganze Sippen und Familien wurden brutal auseinandergerissen, Kinder und Jugendliche kamen - nun sie respektieren in gute Familienverhältnisse - in Erziehungshäuser, psychiatrische Kliniken oder gar in Stadt- und Schuttlingsheimen, Nachweise, ob sie je eine Straftat begangen zu haben. Zahlreiche Mädchen und Jungen wurden von ihren Betreuern sexuell misshandelt. Missbrauch hat man auch innerhalb der Namen der Kinder geändert, oder sie wurden - ohne Wissen der Eltern - zur Adoption freigeben.

«Maria Zampetti: Als Kleinräder von ihren Eltern weggenommen. Heute nur noch: «obst- und -moralisch untauglich», «Hilfswerk Kinder der Landstrassen, mit 16 für dreissig Jahre alte jugendliche Siegfried in Zurichhaus-Bildnisse vermisst.»

Marietta Mabe, jenseitige Schicksale. Aus dem Spiel des Eltern weggenommen. Abminderwertig -moralisch untauglich-, «Hilfswerk Kinder der Landstrassen, mit 16 für dreissig Jahre alte jugendliche Siegfried in Zurichhaus-Bildnisse vermisst.»

Und hier ein Beobachter-Artikel vom 4. April 1997.

Ein Zeichen mit wenig Wirkung

Auch für Thomas Huonker, damals ein junger Historiker, der sich für das «Hilfswerk» zu interessieren begonnen hatte, waren Eglis Worte ein Signal. «Er demonstrierte, dass auch eine Institution in der Lage ist, sich zu entschuldigen», sagt er.

Erst einen Monat zuvor hatte die Pro Juventute genau diese Entschuldigung abgelehnt. Gleichzeitig, sagt Huonker, habe Egli aber erkannt, dass der Bund in Kritik geraten könnte, wenn er sich des Themas nicht annehme. «Mitte der achtziger Jahre schwante einer breiten Öffentlichkeit, dass es im mustergültigen Rechtsstaat Schweiz ein Kellergeschoss gab, von dem nur wenig publik wurde.»

Doch es gelangt auch nach Eglis Entschuldigung und der Überführung der Akten ins Bundesarchiv nur zögerlich Licht ins Dunkel. Die Politik verspricht zwar wortreich

Aufarbeitung, doch was dabei herauskommt, ist dürftig. Von 1989 bis 1992 stellt der Bund elf Millionen Franken für Entschädigungszahlungen zur Verfügung. Gut 2000 Jenische melden Ansprüche an. Doch die Auszahlung stösst auf Kritik. Zuerst gibt es Berichte über Unregelmässigkeiten, dann haftet ihr etwas Überhastetes an. Die Betroffenen werden kaum angehört, die Entschädigung wird ihnen nur mündlich mitgeteilt. Wer sich zu spät meldet, geht leer aus – etwa Personen, die erst Anfang der neunziger Jahre erfahren, dass sie jensischen Eltern weggenommen worden waren.

«In der mustergültigen Schweiz gab es ein Kellergeschoss, von dem nur wenig publik wurde.»

Thomas Huonker, Historiker

Auch die historische Aufarbeitung schleppt sich hin. Eine Vorstudie, die Thomas Huonker 1987 erstellt, landet in der Schublade. Erst 1998 präsentiert der Bund eine Studie, die aufzeigt, wie das «Hilfswerk» mit Unterstützung von Bund und Kantonen systematisch Jagd auf Jenische machte. Sie kommt zum Schluss: «Dieses Vorgehen muss als Verfolgung charakterisiert werden.» Und: «Die Kultur der Fahrenden wurde zwar nicht vollständig, aber weitgehend zerstört.» Die Autoren empfehlen weitere Forschungen – neben Pro Juventute hätten auch andere Institutionen jensische Familien auseinandergerissen.

Viel mehr passiert nicht. «Die Aufarbeitung des Themas ist auf halbem Weg stecken geblieben», kritisiert Angela Mattli von der Gesellschaft für bedrohte Völker. Der Bund nehme seine Verantwortung gegenüber dieser Minderheit zu wenig wahr. Dazu gehöre auch, dass das Kapitel der Kindswegnahmen bis heute nicht in den offiziellen Schulbüchern steht. «Die meisten Jugendlichen haben noch nie davon gehört, dass in der Schweiz bis vor wenigen Jahrzehnten eine Minderheit brutal verfolgt worden ist», sagt sie.

«Die Opfer sterben langsam weg»

Neuen Auftrieb für alte Forderungen gibt es erst in jüngster Zeit: durch die Wiedergutmachungsinitiative, die Ende 2014 eingereicht wurde. Sie verlangt eine Entschädigung für die Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen. Der Bundesrat schlägt vor, jedem Opfer zwischen 20'000 und 25'000 Franken auszuzahlen – «als klares Zeichen der Anerkennung des Unrechts und Ausdruck gesellschaftlicher Solidarität». Gleichzeitig sollen ein nationales Forschungsprogramm lanciert werden und die Erkenntnisse in Lehrmittel einfliessen. Der Nationalrat hat die Vorlage im April gutgeheissen. Uschi Waser schöpft 30 Jahre nach der Entschuldigung von Bundesrat Egli noch einmal Hoffnung. «Es ist aber höchste Zeit. Die Opfer sterben langsam weg.»

Ernüchert über das langsame Tempo ist jener Mann, der den organisierten Kinderraub des «Hilfswerks» als Erster publik gemacht hat: Hans Caprez, Beobachter-Redaktor von 1971 bis 1998. «Es ist beschämend für dieses Land, dass es die Opfer der eigenen menschenverachtenden Politik so lang allein lässt», sagt der 76-Jährige.

«Ich war erschüttert»

Caprez ist erst seit ein paar Monaten beim Beobachter, als 1971 eine Jenische in der Redaktion steht und Unglaubliches erzählt: Als kleines Mädchen sei sie den Eltern weggenommen, von einem Pflegeplatz zum nächsten geschoben, als erwachsene Frau eingesperrt, verfolgt worden. Seit 20 Jahren habe sie keine Nachricht von ihren fünf Kindern, die ihr weggenommen worden seien. «Ich war erschüttert», erinnert sich der Journalist. «Ich konnte mir nicht vorstellen, dass so etwas bei uns möglich war.»

Er wird bei Pro Juventute vorstellig. Ihm wird ein Bundesgerichtsurteil präsentiert, wonach der Frau die elterliche Obhut zu Recht entzogen worden war. «Ich hätte die Sache damit abhaken können, aber ich war misstrauisch geworden. Irgendwie wirkte die Frau überzeugender als das Gericht.»

«Ich fand heraus, dass nichts gegen die Frau vorlag – ausser, dass sie eine Fahrende war.»

Hans Caprez, Journalist beim Beobachter von 1971 bis 1998

Mehrmals besucht Caprez sie in ihrem Wohnwagen, beginnt zu recherchieren. Findet den Polizeikommissär, der die hochschwängere Jenische 1952 abführen liess. Die Hebamme, die das Kind zur Welt brachte, bevor es ihr weggenommen wurde. «Ich fand heraus, dass nichts gegen die Frau vorlag – ausser, dass sie eine Fahrende war.»

Im April 1972 publiziert der Journalist den Fall. Titel: «Fahrende Mütter klagen an». Echo: überwältigend – allerdings vor allem negativ. Pro Juventute ist eine angesehene Institution des Bürgertums. «Wir hatten Tausende von Abokündigungen», erinnert sich Caprez. «Alles wohlhabende Bürger, die nicht sahen oder nicht sehen wollten, was mit den Jenischen lief.»

Caprez dagegen sieht immer klarer. Er sucht Jenischen-Standplätze auf, stösst auf Menschen, die seit Jahren ihre Geschwister oder Kinder suchen. Auf Geschichten von Zwangsadoptionen, sexuellen Übergriffen und «Nacherziehung» in Strafanstalten.

Vier Artikel legt der Beobachter nach, bis er 1973 verkünden kann: «Kritisierte Abteilung aufgelöst». Pro Juventute macht ihr «Hilfswerk» dicht. «Das war ein journalistischer Erfolg», sagt Caprez. «Allerdings ist das jetzt über 40 Jahre her – und wir sind mit der Aufarbeitung noch immer nicht dort, wo wir sein sollten.»

Immerhin scheint nun der Kurs zu stimmen. Wenigstens, was die Opfer betrifft. Anders sehe es beim Umgang mit den aktuell fahrenden Jenischen aus, bemängelt Angela Mattli von der Gesellschaft für bedrohte Völker. Die gut 35000 Jenischen sind seit 1998 zwar als Minderheit anerkannt, und die knapp 3000, die mit ihren Wohnwagen unterwegs sind, haben laut Bundesgericht Anspruch auf genügend Plätze. Doch davon gibt es immer weniger. «Darum besetzen Jenische seit ein paar Jahren auch wieder leere Grundstücke», so Mattli. Ihr Fazit: «Jenischen, die die fahrende Lebensweise pflegen wollen, werden noch immer Steine in den Weg gelegt.»

Podiumsdiskussion

Was hat die Schweiz aus dem dunklen Kapitel gelernt?

An der von der Gesellschaft für bedrohte Völker organisierten Podiumsdiskussion «Gegen das Vergessen» gehen der Historiker Thomas Huonker, der Ex-Beobachter-Redaktor Hans Caprez sowie die Jenischen Uschi Waser und Sandra Gerzner dieser Frage nach.

*Donnerstag, 2. Juni, 18.30 Uhr, PROGR-Aula, Waisenhausplatz 30, 3011 Bern.
Eintritt frei.*

Autor:

- Markus Föhn

Bild:

- Arno Balzarini/Keystone

26. Mai 2016, [Beobachter 11/2016](#)